

Beraten und beschlossen

13. Landessynode 2021–2026

5. Tagung vom 10. bis 13. Mai 2023

in Kaiserslautern/Alte Eintracht

Landessynode setzt Schwerpunkte

Mehr Klimaschutz und mehr Mitgliederorientierung

Die 13. Landessynode tagt vom 10. bis 13. Mai zum fünften Mal. Im Mittelpunkt steht das Thema Klimaschutz, zu dem die Landeskirche ein Gesetz beschließen will.

Speyer (lk). Synodalpräsident Hermann Lorenz wird die Frühjahrstagung am Mittwoch, 10. Mai, in der Alten Eintracht in Kaiserslautern eröffnen. Bis Samstag, 13. Mai, trifft das höchste Gremium der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) wegweisende Entscheidungen. Das Schwerpunktthema lautet "Schöpfung, Natur und Klima. Kirchliche Schritte nach innen und außen".

Schwerpunkt Schöpfung

"Die Schöpfung zu bewahren ist der Kirche als Auftrag ins Herz geschrieben", mahnt Markus Jäckle, Oberkirchenrat und zuständiger Dezernent für Klimaschutz. "Wer glaubt, Teil einer von Gott geschenkten Welt zu sein, weiß sich in allem Tun oder Nichtstun daran gebunden", kommentiert er im Vorfeld der Synode.

Bereits vor zwei Jahren, am 20. November 2021, hat die Landessynode den Beschluss "Klimaerhitzung abmildern und biologische Vielfalt erhalten" gefasst. Neben einigen Selbstverpflichtungen wurde damals auch der Schwerpunkt für die Frühjahrssynode 2023 festgelegt. **Am Donnerstag** wird Markus Jäckle gemeinsam mit Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst in das Thema einführen. Fotograf Rainer Voß bebildert und erläutert die Auswirkungen des Klimawandels in der Pfalz.

Drei Impuls-Vorträge vertiefen die Problematik aus naturwissenschaftlicher und theologischer Sicht. Professor Wolfgang Lucht, Klimaforscher an der Humboldt-Universität Berlin und Berater der Bundesregierung, gibt per Video einen Input. Persönlich anwesend ist Prof. Dr. Claus-Dieter Osthövene, Theologe der Universität Marburg, der zur Schöpfungstheologie im Zeitalter des Anthropozän spricht: des Zeitalters, in dem der Mensch einen unumkehrbaren Einfluss auf die Erdgeschichte ausübt. Weitere Impulse bringt Roland Horne ein, Leiter der Landeszentrale für Umweltaufklärung des Landes Rheinland-Pfalz.

Nachmittags sind gute Beispiele aus der Landeskirche gefragt. Projekte aus Kindertagesstätte, Religionspädagogik oder dem Landesjugendpfarramt werden vorgestellt. Workshops zu vier Themen schließen sich an: Schöpfungstheologie praktisch, klimaneutrale Gebäude, artenvielfältige Grundstücke und weitere konkrete Schritte für Kirchengemeinden.

Klimaschutz und Klimagesetz

Zum Abschluss des Schwerpunkt-Tages stimmt die Landessynode über einen Gesetzesentwurf ab. Das Gesetz zu "Klimaschutz und Biodiversität" soll zeitnah umgesetzt werden. Die Landeskirche habe "als vernetzte Organisation vielfältige Möglichkeiten zu handeln", betont Oberkirchenrat Markus Jäckle.

Eine "spannende Herausforderung" stellt für ihn dabei der Prozess "Räume für morgen" dar: Bis 2030 sollen landeskirchenweit 30 Prozent der Gebäudekosten eingespart werden durch gemeinschaftliche Nutzung, Umnutzung, energetische Sanierung oder durch den Verkauf von Gebäuden. "Damit ermöglichen wir nicht nur Klimaschutz, sondern auch finanzierbare, attraktive Räume für unsere Kirche von morgen - Räume, die auch Raum bieten für jene, die sonst keinen Platz in der Gesellschaft haben", so Jäckle.

Mitgliederprojekte und Neuwahlen

Am Mittwoch, zum Auftakt der Landessynode, stehen Nachwahlen in diverse Gremien an sowie die Wahl einer geistlichen Oberkirchenrätin und Stellvertretung der Kirchenpräsidentin. Die bisherige Amtsinhaberin Marianne Wagner ist die einzige Bewerberin und stellt sich turnusgemäß zur Wiederwahl. Wagner leitet seit 2016 das Dezernat 4 im Landeskirchenrat. Sie ist unter anderem für das geistliche Personal zuständig, entscheidet mit über die Entsendung von Pfarrpersonen auf Gemeindepfarrstellen oder in anderweitige Dienststellen.

Am Freitag legt Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst ihren Bericht vor. Sie führt außerdem in zwei neue Projekte zur Mitglieder-Orientierung ein: Das digital gestützte Projekt „Philippus“ begleitet Kirchenmitglieder auf ihrer Lebensreise. Ein Segensbüro – so der Arbeitstitel – soll Menschen niedrigschwellig und jenseits von Gemeindegemeinschaften Segensangebote machen. Oberkirchenrat Claus Müller stellt im Anschluss ein zukunftsorientiertes Bildungskonzept vor und die gesamtkirchlichen Dienste geben Einblick in ihre Arbeit.

Am Samstag steht das Gesetz zum Dekansamt im Wandel auf der Tagesordnung sowie die Aussprache über den Bericht der Kirchenpräsidentin.

Oberkirchenrätin Marianne Wagner wiedergewählt Mehr Gottvertrauen statt Krisenstimmung

Sie sieht ihre Aufgabe in der „dienenden Leitung“ und in der Werbung für das Pfarramt. Die Landessynode hat heute (Mittwoch, 10. Mai) Personaldezernentin Marianne Wagner in ihrem Amt als Oberkirchenrätin und Stellvertreterin der Kirchenpräsidentin bestätigt.

Kaiserslautern, Speyer (lk). „Wenn ich besondere Begabungen entdecke und die richtigen Menschen am richtigen Ort einsetzen kann, dann ist das ein Glücksmoment“, sagte die alte und neue Personaldezernentin in ihrer Vorstellungsrede vor der Landessynode in Kaiserslautern.

Mit eindeutiger Mehrheit von 42 Stimmen haben sich die Synodalen für eine zweite Amtszeit von Marianne Wagner als geistliche Oberkirchenrätin und als stellvertretende Kirchenpräsidentin ausgesprochen. Neben ihr hatte sich niemand zur Wahl gestellt.

Wagner startet am 1. September 2023 in eine weitere siebenjährige Amtszeit als Oberkirchenrätin. Im Landeskirchenrat verantwortet sie das Dezernat für das geistliche Personal. Sie entscheidet mit über die Entsendung von Gemeindepädagogen und Pfarrpersonen auf Gemeindepfarrstellen oder in anderweitige Dienstaufträge. Zu ihren Aufgabenbereichen gehören zudem die theologische Fort- und Weiterbildung, Kinder- und Jugendarbeit und Kirche und Sport.

Begeisterung fürs Pfarramt wecken

„In Zeiten des Pfarr-Personalmangels sehe ich die Herausforderungen besonders in der Personalgewinnung“, erklärte Wagner, „das Pfarrer- und Pfarrerinnenbild wird in Zukunft vielfältiger als bislang.“ Vermehrt sollten Quereinstiege aus anderen Berufen ins Gemeindepfarramt ermöglicht werden. Ebenso könnten Theologinnen und Theologen aus anderen Ländern für Unterstützung und Vielfalt sorgen. Wesentlich seien auch strukturelle Unterstützung und digitale Entwicklung im Pfarramt. Es gehe zudem darum, weniger die Kirchenkrise zu betonen als „viel mehr Begeisterung und Gottvertrauen“ zu zeigen, betonte Marianne Wagner in der Aussprache zu ihrer Vorstellungsrede.



Die Landessynode wählte die heute 61-Jährige im Juni 2016 zur geistlichen Oberkirchenrätin. Zuvor wirkte die Personaldezernentin als Pfarrerin im Kirchenbezirk Neustadt und war beim Missionarisch-Ökumenischen Dienst (MÖD) für Weltmission und Ökumene zuständig. Seit 2019 ist sie außerdem stellvertretende Kirchenpräsidentin.

Gesetz zum Klimaschutz verabschiedet Nehmt die Zukunft in die Hand!

Die Landessynode hat ein Gesetz zu Klimaschutz und Artenvielfalt beschlossen. Es geht ums Ganze, es geht um die Zukunft der gesamten Schöpfung. Klare Sätze und Ansagen bestimmten den Schwerpunkttag auf der Landessynode. Kirchliches Handeln soll in allen Bereichen klimagerechtes Handeln sein.

Kaiserslautern, Speyer (lk). Hitze. Dürre. Fluten. Artensterben und Menschensterben. Die Folgen des Klimawandels sind nicht wegzureden. Die Evangelische Kirche der Pfalz soll aber nicht nur reden, sondern handeln. Dazu hat die Landessynode heute in Kaiserslautern ein Gesetz zu Klimaschutz und Artenvielfalt beschlossen. Vor der Abstimmung gab es eine engagierte Diskussion, die Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst so zusammenfasste: "Es wird keine Lösung ohne Bauchschmerzen geben." Was ihre Bauchschmerzen lindere, sei die Gewissheit, „dass wir das zusammen schaffen werden.“

"Die Zerstörung von Lebensräumen und der damit verbundene Artenschwund stellt den Frieden mit der ganzen Schöpfung in Frage", heißt es im Vorwort des neuen Gesetzes. Es fordert, das Leben zu achten und seine Grundlagen zu erhalten. Die Landeskirche setzt sich damit noch verbindlicher als bislang für Klimaschutz und globale Klimagerechtigkeit ein.

Die Schöpfung und den Frieden bewahren

Der Grund: Klimaschutz ist nicht nur ein politischer, sondern seit jeher auch ein kirchlicher Auftrag. Es gehe nicht um den Zeitgeist. "Es geht darum, wie wir das höchste Gebot unseres Glaubens ausgestalten können. Wie können wir, wie kann ich in Zeiten des Klimawandels Gott lieben von ganzem Herzen, mit aller Kraft - und meinen Nächsten wie mich selbst", begründete der zuständige Dezernent, Oberkirchenrat Markus Jäckle den Auftrag. In seiner Einbringungsrede betonte er, es gehe um Glaubwürdigkeit für die Kirche, auch wenn unser Beitrag global gesehen nur gering sein kann.

Er führte am heutigen Donnerstag mit Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst in den Schwerpunkttag "Schöpfung, Natur und Klima. Kirchliche Schritte nach innen und außen" ein. "Lassen Sie uns nicht ins Moralisieren kommen", warnte Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst. Es brauche die innere Bereitschaft zum Wandel und den gesunden Menschenverstand. Beeindrucken sollten allein die Fakten. "Wir können nicht auf China warten, wie viele fordern", sagte sie, "die Verantwortung haben wir nur für uns selbst. Als Kirche in Deutschland, als Teil der Welt."

Bedrückende Wirklichkeit

Fotos der Jahre 2017 bis 2022 des Biologen und Fotografen Reiner Voß zeigten deutlich die Folgen des Klimawandels in der Pfalz: vertrocknete Flüsse und Seen, Fischteiche, die beregnet werden müssen, aufgesprungene Erde, Baumskelette, Starkregen und -schnee, tote Felder. "Ich habe gezögert, diese Bilder zu veröffentlichen. Die Geschwindigkeit der Veränderungen hat mich erschreckt", sagte der Naturfotograf aus Kaiserslautern vor der Synode. Das Überleben stehe auf dem Spiel. Er erinnerte an den Bericht des Club of Rome vor rund 50 Jahren. Seither habe sich kaum etwas getan. "Wir fahren anders als die Titanic sehenden Auges auf die Katastrophe zu."

Drei Impuls-Vorträge vertieften die Problematik aus naturwissenschaftlicher und theologischer Sicht. Professor Claus-Dieter Osthövener, systematischer Theologe an der Universität Marburg befasste sich mit der Schöpfungstheologie. Er beschrieb die Aufgabe der Kirche im aktuellen Zeitalter des Anthropozän: der Zeit, in der die Menschen die Erdgeschichte beeinflussen.

Endzeit-Szenarien wie im letzten Buch der Bibel, der Apokalypse, würden derzeit gern beschworen. Apokalyptische Reiter zu zitieren, sei aber wenig hilfreich. Stattdessen forderte er die Kirche auf, gegen die Klimaangst Mut zu machen und Mut zu haben: zur Veränderung, zum "Weniger ist Mehr" und zur Spiritualität. Der Glaube trage dazu bei, sich eingebunden zu fühlen in die planetare Schöpfung und dazu, Hoffnung zu haben und weiterzugeben.

Roland Horne, Leiter der Landeszentrale für Umweltaufklärung des Landes Rheinland-Pfalz, befasste sich mit der Rolle der Kirchen für die ökologische Transformation. Er beleuchtete die rasante Entwicklung in Sachen Mobilität und Energie von der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert bis ins heutige digitale Zeitalter. Das "Erdsystemproblem" sei bereits in den 1970er Jahren bekannt gewesen. Die Reaktionen dazu seien - auch von der Kirche - seit Jahrzehnten zu harmlos. Nun sei es für Politik und Kirche an der Zeit, alles zu tun, was möglich ist. Katastrophenschutz und Klimaschutz gehörten zusammen. "Wir haben keine Wahl, wir können nichts von Beidem mehr lassen", appellierte er an die Synode, "und staunen Sie weiter über den wunderbaren blauen Planeten."

Entschlossen vorangehen

In seiner Video-Botschaft rief Professor Wolfgang Lucht vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung dazu auf, keine Zeit zu verlieren: "Es geht um alles, es geht um das Ganze der Erde, um das Ganze des Lebens." Die Zukunft der Erde liege in den Händen der Menschen. "Gott wird uns nicht retten, wenn wir die Welt zerstören. Es ist unsere Aufgabe, den Bund mit ihm zu erfüllen", mahnte er. Lucht riet der Kirche als gesellschaftliche Akteurin, sich politisch zu positionieren. Sie solle

klare Botschaften senden, mit ihrem Handeln vorangehen und die Zuversicht verbreiten, dass ein Wandel möglich ist.

Der Synode wurden am Mittag Projekte vorgestellt, die den Wandel vorantreiben. Darunter die Kirchengemeinde Ellerstadt und ihr Weg zur Klimaneutralität oder die Kita Arche Noah in Lambrecht mit ihrer ökologischen Verpflegung.

Workshops befassten sich ebenfalls mit Beispielen aus der Praxis, etwa zu klimaneutralen Gebäuden, artenvielfältigen Grundstücken und weiteren konkreten Schritten zur Bewahrung der Schöpfung.

Umweltgerecht handeln

Das neue Klimaschutzgesetz verbindet und erweitert bisherige Regelungen. Den Rahmen bilden die staatlichen Richtlinien.



Im Bereich **Mobilität** sollen für Dienstreisen vorrangig öffentliche und klimafreundliche Verkehrsmittel genutzt werden. Die Landeskirche wird ein Bonus-System für Mitarbeitende einrichten, die ihren Arbeitsweg mit dem Fahrrad zurücklegen. Um Fahrten zu vermeiden, soll verstärkt auf digitale Arbeitsmodelle, Homeoffice und Videokonferenzen gesetzt werden.

Kircheneigene **Grundstücke**, Äcker und Gärten sollen die Artenvielfalt weiter fördern. Auf verpachteten Grundstücken der Landeskirche sind seit Jahren bereits Gentechnik und Klärschlamm untersagt. Bei Neuverpachtungen werden Bio-Betriebe bevorzugt. Mit mehreren Grundstücken beteiligt sich die Landeskirche an Naturschutz-Maßnahmen.

Bei der **Beschaffung**, etwa von Büromaterialien oder Nahrungsmitteln, sollen ökologische Produkte eingekauft werden und solche, die aus fairem Handel stammen. Die **Verpflegung** in Kindertagesstätten, Tagungshäusern oder bei Veranstaltungen soll verstärkt aus pflanzlicher Kost bestehen, weniger tierische Produkte und Zucker beinhalten. Nahrungsmittel sollen aus ökologischer Produktion bezogen werden.

In der kirchlichen **Bildung** und in der **Öffentlichkeitsarbeit** sollen die Bewahrung der Schöpfung und Klimagerechtigkeit noch stärker thematisiert werden. Um die Ziele zu erreichen, wollen Landeskirche und Kirchenbezirke das Personal im **Klimaschutz-Management** aufstocken. Möglich wird dies durch Fördermittel von Bund und Land.

Hintergrund Regeln und Richtlinien

Die Evangelische Kirche der Pfalz sieht sich wie die Ökumenische Versammlung der Kirchen den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verpflichtet. In den vergangenen Jahren wurden entsprechende Regelungen zum Klimaschutz beraten und beschlossen. 2021 hatte die Landessynode bereits den Beschluss "Klimaerhitzung abmildern und biologische Vielfalt erhalten" gefasst.

Die Landeskirche hat sich zum Ziel gesetzt, **bis 2040 klimaneutral** zu wirtschaften, das heißt, keine Treibhausgase mehr auszustoßen. Teilziel ist dabei der Prozess Räume für morgen: Bis 2030 sollen landeskirchenweit 30 Prozent der Gebäudekosten eingespart werden. Das geschieht durch den Verkauf von Gebäuden, gemeinschaftliche Nutzung oder Umnutzung und energetische Sanierung. Das entsprechende Gesetz zur effizienten Gebäudenutzung hat die Landessynode im vergangenen Jahr verabschiedet.

Seit über zehn Jahren sind die Gebäude schon im Blick. Der Grund: Laut Klimaschutzkonzept von 2012 verursacht der Gebäudeunterhalt mit 75 Prozent die meisten CO₂-Emissionen. Mobilität ist für 20 Prozent und die Beschaffung für 5 Prozent verantwortlich. Weiterhin gibt es Richtlinien für Bau, ökologische und soziale Beschaffung und Heizung. Seit diesem Jahr gilt die Pflicht, bei neuen Heizungen erneuerbare Energieträger einzusetzen. Ölheizungen dürfen nicht mehr installiert werden.

Landessynode setzt auf Mitgliederkommunikation

Eine Kirche, die sieht und gesehen wird

Was erwarten Menschen noch von der Kirche? Und was erwartet die Kirche in den kommenden Jahren? Die Landessynode beschäftigte sich mit Zukunfts-Perspektiven.

Kaiserslautern, Speyer (lk) Rückblicke ins vergangene Jahr und Ausblicke in die Zukunft: Am dritten Tag der Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) standen der Bericht der Kirchenpräsidentin, zwei Projekte zur Mitgliederkommunikation und ein zukunftsfähiges Bildungskonzept auf der Tagesordnung. Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst stellte ihren Bericht unter das Jahresmotto der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) "Du bist ein Gott, der mich sieht" (1. Mose 16,13).



Sehen und gesehen werden

"Wie wir die Welt sehen und wie die Welt uns sieht, spielt eine Rolle in all dem, was wir als Kirche tun. Wir brauchen Weitblick und Perspektive", sagte die Kirchenpräsidentin am heutigen Freitag (12. Mai) in Kaiserslautern. Sie begegne häufig Menschen, besonders jüngeren Leuten, die sich von der Kirche nicht gesehen fühlen. Andererseits habe Kirche Menschen im Blick, die oft übersehen werden: "Wir sind eine Gemeinschaft, die ein Auge dafür hat, wo es fehlt in einer Gesellschaft - die sieht und handelt. Das können wir als diakonische Kirche."

Angesichts von Inflation, Energiekrise und verschärfter Armut sei es vordringlich, Menschen auf Augenhöhe zu begegnen, ihr Leid zu sehen und abzumildern. Eine Million Euro aus einem Fonds beim Diakonischen Werk wurde beispielsweise zur Verfügung gestellt, um Härten abzufangen und die Aktion #wärmewinter zu unterstützen.

Hinsehen und helfen

Aus diesem Härtefallfonds sind etwa 212.000 Euro zwischenzeitlich über die Sozial- und Lebensberatungsstellen abgerufen worden, weitere 26.700 Euro über Projekte. Der Kinderhilfsfonds wurde um 50.000 Euro aufgestockt, erläuterte Dorothee Wüst. 12.000 Euro sind daraus bereits geflossen - vor allem für Familien, die das Essen in der Kita nicht mehr bezahlen konnten. Auch der Krieg in der Ukraine fordere die Landeskirche weiterhin heraus. Derzeit leben etwa 45.000 Geflüchtete in Rheinland-Pfalz, die auch durch viele Kirchengemeinden unterstützt werden. Zudem wird weiter um eine friedensethische Position gerungen.

Auch das Thema sexualisierte Gewalt sei weiterhin eine dringliche Aufgabe. Das Vertrauen in den Schutzraum Kirche sei erschüttert, sagte Dorothee Wüst und zählte Fakten auf. Seit 1947 sind im Bereich der Landeskirche bis heute 44 Fälle bekannt geworden - von übergriffigem Verhalten bis hin zu strafrechtlich relevanten Taten. An die ab 2010 eingerichtete unabhängige Kommission sind neun Fälle herangetragen worden. Wüst betonte: "Jeder Fall ist einer zu viel. Es ist in unserem ureigenen Interesse, sexualisierte Gewalt als ein kirchliches Kernthema zu verstehen." Es sei nichts weniger als eine "aktuelle kirchliche Gretchenfrage". Die pfälzische Kirchenpräsidentin ist seit Dezember 2022 Sprecherin im Beteiligungsforum Sexualisierte Gewalt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

In die Zukunft schauen

"Das Wort ‚Zukunft‘ birgt für viele angesichts der kirchlichen Zahlen und Meldungen dieser Zeit wenig Verheißungsvolles. Und da gibt es auch nichts schön zu reden", sagte Wüst weiter. Die öffentliche Meinung unterscheide längst nicht mehr zwischen katholischer und evangelischer Kirche. Es sei darum umso entscheidender, die schlechten und guten Erfahrungen miteinander zu teilen und hoffnungsvoll in die Zukunft zu gehen.

Ökumenische Beziehungen und internationale Kontakte sorgten dafür, dass Kirche "über den Tellerrand schaut". Mit der katholischen Schwesterkirche gelte es, "unverdrossen protestantisch und zugleich unverdrossen ökumenisch" unterwegs zu sein, sagte Dorothee Wüst. Ihre Erfahrungen auf Reisen - zu Partnerkirchen in Papua oder Großbritannien - sowie Begegnungen auf der Ökumenischen Versammlung der Kirchen 2022 in Karlsruhe zeugten von einem "enorm lebendigen und fröhlichen Christentum".

Zum Ende ihres Berichts erinnerte die Kirchenpräsidentin an das Jahresmotto: "Du bist ein Gott, der mich sieht. Das ist ein Hoffnungswort, weil im Sehen Bewegung liegt hin zu den anderen."

Die Mitglieder im Blick

Anschließend wurden der Landessynode zwei Projekte vorgestellt, die sich direkt und niedrigschwellig an die Menschen wenden. Das **Philippus-Projekt** begleitet Kirchenmitglieder auf dem Lebensweg, etwa mit einem Gruß zum Geburtstag, zur Trauung oder bei der Geburt eines Kindes. Das geschieht über die Absender Kirchengemeinde, wird aber durch ein systematisch durchdachtes und digital gestütztes Konzept landeskirchlich begleitet.

Möglichst viele Altersstufen und Lebenssituationen werden dabei in den Blick genommen und hinterfragt: Über welche Form von Gruß freut sich ein 8-Jähriger oder eine 18-Jährige? Schrittweise werden Kontaktpunkte und Materialien erarbeitet. Die Gemeinden können selbst wählen, welche sie aufgreifen wollen. Benannt ist das Projekt zur Mitgliederkommunikation nach dem Missionar Philippus, der einem interessierten Menschen eine Bibelstelle erklärt und ihn spontan, ohne Vorbedingung tauft (Apostelgeschichte 8, 26-40).

Das Philippus-Projekt reagiert auf die Tatsache, dass der größte Teil der Kirchenmitglieder nicht über Angebote der Kirche erreicht wird. Gleichzeitig bleiben sie als Mitglied der Landeskirche verbunden und finanzieren sie über die Kirchensteuer mit. Diese Verbindung zu schätzen und zu pflegen, ist eine oft vernachlässigte Aufgabe. Die Idee für das Projekt stammt aus der Zusammenarbeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) mit der Hamburger Kommunikationsagentur Gobasil. Die pfälzische Landeskirche kooperiert mit beiden Partnern.

An den Übergängen des Lebens sind Halt und Segen gefragt. Unter dem Arbeitstitel **Segensbüro** sollen Menschen niedrigschwellig Segens-Angebote gemacht werden - unabhängig von Kirchenmitgliedschaft oder Gemeindezugehörigkeit. Ob Kinder- oder Paarsegnung, Segen in einer Trennungssituation oder im Trauerfall: Das Segensbüro soll persönlich zugeschnittene Rituale entwickeln oder vermitteln.

Zudem verabschiedete die Landessynode neue Leitlinien für die **kirchliche Bildungsarbeit**. Bildungsdezernent Oberkirchenrat Claus Müller erläuterte das Konzept. Stärker als zuvor sollen die moderne Lebenswelt und die Bedürfnisse der Menschen im Blick sein. Falschmeldungen, Verschwörungstheorien und Hassrede in den sozialen Netzwerken stellten neue Aufgaben für die Bildungsarbeit in Kirche und Gesellschaft dar.

Dekansamt soll attraktiver werden

Landessynode beschließt Gesetzesänderung

Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) hat eine neue Regelung für das Amt der Dekanin und des Dekans beschlossen.

Kaiserlautern, Speyer (lk). Das Dekansamt hat sich verändert: Einst stand die Gemeindegearbeit im Mittelpunkt, inzwischen liegen die Schwerpunkte bei Verwaltung, Management und Kommunikation. Diesem Wandel hat die Landessynode Rechnung getragen und heute (13. Mai) ein Gesetz verabschiedet, das Dekane und Dekaninnen entlasten und das Amt attraktiver machen soll.

Dabei ändern sich zwei wesentliche Dinge: Dekaninnen und Dekane, die ihr Amt nach dem neuen Gesetz antreten, tragen keine Verantwortung mehr für eine Kirchengemeinde. Neu ist auch, dass sich zwei Pfarrpersonen ein Dekansamt teilen können.

Neureglung gründet auf veränderter Praxis

Ursprünglich arbeitete ein Dekan oder eine Dekanin hauptsächlich für eine Kirchengemeinde und war zusätzlich Vermittler zwischen Landeskirche und den Gemeinden im Kirchenbezirk. Das hat sich in den letzten Jahrzehnten gravierend verändert. Auf Ebene der Kirchenbezirke sind deutlich mehr und komplexere Aufgaben gelandet; zahlreiche Prozesse müssen in den Dekanaten koordiniert werden. Zum Beispiel haben Verwaltungspflichten für KITAS, Gebäude, Arbeitsrecht oder Steuer durch politische Vorgaben zugenommen. Und das Vernetzen mit Kommunen, Einrichtungen und Initiativen nimmt immer mehr Zeit in Anspruch.

Gleichzeitig stehen Dekaninnen und Dekane mit 20 bis 30 Prozent ihrer Arbeitszeit bislang im Dienst einer Gemeinde und tragen dort Verantwortung – zum Teil als geschäftsführende Pfarrerrinnen und Pfarrer. Diese Bindung an eine Gemeinde entfällt mit dem neuen Gesetz.

Allerdings wird das Dekansamt keine reine Verwaltungsstelle. Dekaninnen und Dekane können ihre pfarramtlichen Aufgaben wie Seelsorge oder das Halten von Gottesdiensten und Predigen künftig im ganzen Kirchenbezirk ausüben. Ein Vorteil besteht darin, dass sie Einblicke in mehr Gemeinden gewinnen können. Zudem wird durch das neue Gesetz betont, dass Gemeinden im Kirchenbezirk gleichrangig sind.

Trotz der neuen Struktur bleibt die Zahl der Pfarrstellen gleich. Sie wird für den gesamten Kirchenbezirk festgelegt und orientiert sich unter anderem an der Anzahl der Kirchenmitglieder, die dort leben. Das Dekansamt ist Teil des so genannten Pfarrstellenbudgets. Die Verschiebungen werden gegebenenfalls im nächsten Pfarrstellenbudget für den Zeitraum 2025 bis 2030 berücksichtigt.

Residenzpflicht einer Dekanin oder eines Dekans besteht weiterhin. Aber sie erstreckt sich auf den gesamten Kirchenbezirk und ist nicht an die „Dekanatsgemeinde“ gebunden.

Amt kann geteilt werden

Das Amt der Dekanin oder des Dekans kann künftig auf zwei Pfarrpersonen verteilt werden. Dies ist in der Landeskirche bei Pfarrstellen schon möglich. Damit will die Landeskirche mehr Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen und hofft, mehr Frauen und Jüngere für das Amt zu gewinnen. Derzeit üben in der pfälzischen Landeskirche nur Männer das Amt aus und in den letzten Jahren gab es wenig Interesse an freien Dekansämtern.

Mehr Möglichkeiten für Stellvertretung

Das Gesetz wertet das Amt einer stellvertretenden Dekanin/des stellvertretenden Dekans auf. Bislang sprang sie oder er lediglich ein, wenn die Dekanin/der Dekan abwesend waren. Nun können Dekanin oder Dekan und die Stellvertretung dauerhaft enger zusammenarbeiten und sich Aufgaben teilen. Wer von beiden welche Arbeit übernimmt, soll ein Geschäftsverteilungsplan regeln, der im Kirchenbezirk erstellt wird.

Das Gesetz tritt am 1. Juli 2023 in Kraft und gilt für alle Dekansstellen, die von da an besetzt werden. Das erste Dekansamt, das nach dem neuen Gesetz ausgeschrieben wird, befindet sich in Speyer. Es ist seit Jahresbeginn unbesetzt. Kirchenbezirken ist es freigestellt, die Gesetzesänderungen vor Ablauf der Amtszeit ihrer Dekane umzusetzen.



Weichen für die Zukunft gestellt

Die Frühjahrssynode stellte wichtige Weichen für eine zukunftsfähige Landeskirche. Mit der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes sprach sich die Synode dafür aus, dass alles kirchliche Handeln klimagerechtes Handeln sein soll: angefangen bei der Mobilität über das Bewirtschaften kirchlicher Grundstücke und die Nutzung kirchlicher Gebäude bis hin zur Beschaffung, Verpflegung, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Am gestrigen dritten Tag verständigte sich die Synode zudem auf grundlegende Verfahrensregeln für einen Priorisierungsprozess für die zukünftige Arbeit der Landeskirche. Dabei soll es eine breite Beteiligung der demokratisch verfassten Organe der Landeskirche, von Laien sowie internen und externen Experten geben. Im Mittelpunkt des Prozesses müssten die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen, machte Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst deutlich. Wüst nannte den Prozess eine Chance für die Kirche und ermunterte dazu, keine Ängste vor Veränderungen zu haben. Nach dem Synodenbeschluss soll sich ein aus Kirchenmitgliedern zusammengesetzter „Mitgliederrat“ an dem Prozess zur Kirchenentwicklung beteiligen. Im Frühjahr, spätestens im Herbst 2025 soll der Synode eine Entscheidungsvorlage für die Priorisierung sowie ein Umsetzungsplan vorgelegt werden.

Hintergrund Dekanatsamt

Eine Dekanin oder ein Dekan wird für zehn Jahre von der Synode des Kirchenbezirks gewählt. Er oder sie sorgt für das kirchliche Leben im Kirchenbezirk, leitet Gremien, vertritt den Bezirk in der Öffentlichkeit, erfüllt Aufgaben der Verwaltung, Dienstaufsicht und Geschäftsführung und ist Bindeglied zwischen Gemeinden und Landeskirche. Die Evangelische Kirche der Pfalz gliedert sich in 15 Kirchenbezirke.

Hintergrund Landessynode

Heute ist die 5. Tagung der 13. Landessynode, zu Ende gegangen. Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) ist die kirchliche Volksvertretung. Damit hat sie die Kirchengewalt inne. Sie trifft wesentliche Entscheidungen in geistlichen, rechtlichen und finanziellen Belangen der Landeskirche.

Die Amtszeit einer Synode beträgt sechs Jahre. Die aktuelle ist von 2021 bis 2026 gewählt und umfasst 57 Mitglieder. Das Präsidium bilden Synodalpräsident Hermann Lorenz, Synodalvizepräsident Joachim Schäfer und als zweite Synodalvizepräsidentin Christine Schöps.

Die nächste Tagung der Landessynode findet vom 23. bis 25. November 2023 in Speyer statt.

Kaiserslautern, 13. Mai 2023

